



liberal international
li-KURIER

AUSGABE 02|2022
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)



Jürgen Martens

*Liebe Freundinnen und
Freunde der DGLI,*

selten sind wir mit einer so großen Zahl an Problemen, Krisen und Bedrohungen in so kurzer Zeit konfrontiert worden wie 2022. Anfang des Jahres war die Corona-Pandemie das bestimmende Thema der deutschen und internationalen Politik. Seit

dem 24. Februar wurde diese Herausforderung durch den brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine immer weiter in den Hintergrund gedrängt – das SARS-Covid19-Virus gilt inzwischen als endemisch, was bedeutet, dass wir es wohl nie mehr loswerden.

Der Krieg in der Ukraine hat uns in Europa mit schockierender Gewalttätigkeit aus einem fast dreißigjährigen Frieden gerissen – die Bilder von Massengräbern mit Folteropfern oder das Blockieren von Getreidelieferungen nach Afrika sind Belege für ein absolut gewissenloses Regime im Kreml. Die gezielte Zerstörung der zivilen Infrastruktur in der Ukraine soll den Widerstandswillen der Ukrainer im Winter zermürben. Wir stehen an der Seite der Ukraine, aber die deutsche Politik hat in Europa an Ansehen verloren, als sie die Ukraine zunächst nur zögerlich mit Waffen unterstützte und sich darum bemühen musste, wegfallende Gaslieferungen aus Russland kurzfristig und ohne Rücksicht auf andere EU-Mitglieder zu kompensieren.

Der Liberalismus ist in Krisenzeiten stets besonders bedroht. Die äußeren Bedrohungen von Freiheit und Menschenrechten sind augenfällig, wie in Russland oder im Iran, wo Menschen inhaftiert oder gar, wie im Iran, hingerichtet, werden, weil sie gegen das Regime demonstriert haben. Sich dagegen zu wenden, ist für die meisten selbstverständlich.

TERMIN:

DREIKÖNIGSKUNDGEBUNG
DER FREIEN DEMOKRATEN AM 6. JANUAR 2023 IM
STUTTGARTER OPERNHAUS, 11.00 UHR

WERDEN SIE MITGLIED
dgli.de/mitglied-werden
oder nutzen Sie
den QR-Code.



SCAN ME

Sobald die Verteidigung von Freiheit jedoch Kosten oder gar Opfer mit sich bringt, schwindet die Entschlossenheit bei vielen Bürgern. In ihrem Wunsch nach Ruhe und einer warmen Stube sind dann manche Mitbürger sogar bereit, für Putin Verständnis zu zeigen, und wünschen, die Regierung möge mit ihm über die Ukraine verhandeln. Sie begreifen nicht, dass sie damit ausschließlich das Geschäft Putins betreiben. In manchen Bundesländern erhalten sie beängstigend großen Zuspruch, was zeigt, dass die liberale Demokratie nirgendwo eine immerwährende Bestandsgarantie hat.

Aber: Selbst nach einem solchen Jahr 2022 gibt es Hoffnung für Liberale. Die Unterstützung für den Krieg in der Ukraine schwindet in Russland, wenn auch nur sehr langsam. Gleichwohl arbeiten Menschenrechtsorganisationen und ihre Vertreter im Exil weiter. Die Mitbegründerin der seit März verbotenen russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, Irina Scherbakowa, hat uns in der Diskussionsveranstaltung zum diesjährigen LI-Day in Frankfurt mit beeindruckenden Worten ermutigt, liberale Werte auch in schweren Zeiten unbeirrt weiter zu verfolgen. „Memorial“ wurde dieses Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Und Im Iran gehen seit Wochen Zehntausende auf die Straße und wehren sich gegen ein religiös begründetes Terrorregime.

All dies zeigt, dass sich die Sehnsucht nach Freiheit nicht ausröten lässt und – so bleibt zu hoffen – am Ende stärker ist als Gewalt.

Herzlichst,

Ihr Dr. Jürgen Martens
Präsident der DGLI



WELTERNÄHRUNGSSICHERHEIT DURCH INNOVATION

Von Carina Konrad

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat den Hunger in Ländern, die auf Getreideimporte angewiesen sind, erheblich verstärkt. Besonders dramatisch ist die Lage in Nordafrika, Subsahara-Afrika und im Nahen Osten. Während Lebensmittel bei uns in Deutschland teuer geworden sind, ist Brot für viele Menschen dort nun unbezahlbar. Vor dem Hintergrund des Krieges müssen wir die Produktion hierzulande nachhaltig intensivieren.

Die EU-Neuregelungen zu Flächenstilllegung und Fruchtwechsel einmalig auszusetzen, ist ein richtiger Schritt. Ertragssteigerung und Artenschutz schließen sich dabei keineswegs aus. Was wir brauchen, um beides dauerhaft unter einen Hut zu bringen, ist Mut zu Fortschritt und neuen Technologien. Nur so können wir Versorgungsgaps in der Welt begegnen, dem Umwelt- und Klimaschutz gerecht werden, die Verwerfungen an den Agrarmärkten beenden und Verant-

wortung übernehmen, wo sie von uns erwartet wird.

Moderne Biotechnologie wie die Genschere Crispr/Cas9 hat das Potenzial, Pflanzenzucht und Tierhaltung zu optimieren. So können wir Erträge steigern und Hunger bekämpfen und uns zugleich unabhängiger von Energie- und Düngemitteln machen. Außerdem produzieren wir effizienter, weil wir Ressourcen schonen. Der Welternährungssicherheit muss die höchst-

te Priorität eingeräumt werden. Es geht um nicht weniger als darum, den Hungertod von Millionen Menschen zu verhindern.



Carina Konrad MdB, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion
Foto: carinakonrad.de

63. KONGRESS DER LIBERAL INTERNATIONAL IN SOFIA



Foto: liberal-international.org

Von Manfred R. Eisenbach

Vom 30. Juni bis zum 3. Juli 2022 tagte der 63. Kongress der Liberal International (LI), Covid-10 bedingt zum ersten Mal seit vier Jahren wieder in Form einer Präsenzveranstaltung, auf Einladung der bulgarischen Mitgliedspartei Movement for Right and Freedom (MRF) in Sofia.

Auf diesem Kongress, der sich nach dem schändlichen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit einer der politischen Kernfragen und Herausforderungen unserer Zeit, nämlich „Reconstructing a Liberal World Order“, befasste, beging die LI zugleich den 75. Jahrestag ihrer Gründung in der altherwürdigen

englischen Universitätsstadt Oxford im Frühjahr 1947. Denn nicht nur Putins Russland oder Xis China und die Phalanx der Autoritären weltweit sind zulasten von demokratischen Gemeinwesen seit etlichen Jahren im Aufwind. Nein, wir müssen es auch mit illiberalen Populisten in unseren Reihen aufnehmen und auch gegenüber diesen resilient(er) werden.

Wir erleben nicht nur eine tiefgreifende Verbundkrise, sondern auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Autokratie, deren Ausgang keineswegs mehr so sicher ist, wie wir noch vor einigen Jahren glaubten. Ob unsere friedens- und wohlstandsverwöhnten Gesellschaften die Widerstandskraft

und die Leidensfähigkeit haben, die es in derart fundamentalen Auseinandersetzungen oft braucht, um zu bestehen, ist offen. Es ist Zeit für eine Generalmobilisierung all jener, die noch an Demokratie und Rechtsstaat glauben.

Dr. Hakima El Haité wurde als Präsidentin wie auch Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué als Deputy President einmütig wiedergewählt. DGLI-Generalsekretär Manfred R. Eisenbach wurde erneut als Principal Treasurer in das LI Bureau gewählt, DGLI-Schatzmeister Dr. Steffen Pabst als Mitglied des LI Human Rights Committee und Dr. Lukas Köhler MdB als Mitglied des Climate Justice Committee bestätigt sowie die Vorsitzende

des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Renata Alt, als neues Mitglied im Human Rights Committee bestellt. Dr. Jürgen Martens wurde als Non-Executive Vice-President bestätigt. Insgesamt sind die deutschen Liberalen also exzellent in den Leitungsgremien der LI vertreten – und alle sind auch DGLI-Mitglieder.

Der deutsche Vorschlag, Dr. Irina Scherbakowa mit dem LI Prize for Freedom 2022 auszuzeichnen, drang nach engagierter Diskussion nicht durch; der ukrainische Staatspräsident Wolodimir Selenskyj wurde auf Vorschlag des LI Bureau vom Executive Committee in einer noch nie gesehenen streitigen Abstimmung ausgewählt. Die Umstände waren so kontrovers und auch so unerfreulich, dass dies im LI Bureau nach Auffassung von Generalsekretär Eisenbach aufgearbeitet werden muss.



Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmitglied des FDP-Bundesfachausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand
Foto: privat

LI-DAY AM 4. NOVEMBER 2022 IN FRANKFURT/MAIN

Von Hellmut Meinhof



Dr. Irina Scherbakowa (o.), Dr. Stephan Ruppert, Nicola Beer, Prof. Dr. Jens Hacke und Werner Schlierike (v.l.n.r.)
Foto: Christoph Wiedewitt

„Solange Putin an der Macht ist, habe ich keine Hoffnung für die Freiheitsrechte in Russland!“

So lautete eine zentrale These von Dr. Irina Scherbakowa, Historikerin, Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, der weltweit bekannten russischen NGO, die mit dem Friedensnobelpreis des Jahres 2022 ausgezeichnet wurde. Irina Scherbakowa hielt die Keynote des LI-Days der Deutschen Gruppe der Liberal International (DGLI) am 4. November 2022 in Frankfurt/Main und appellierte an das Publikum im Saal wie das im Livestream, gut auf die Einhaltung von Menschenrechten aufzupassen.

In seiner Begrüßung unterstrich DGLI-Präsident Dr. Jürgen Martens, dass Freiheitsrechte als Grundbe-



DGLI-Präsident Dr. Jürgen Martens
Foto: Christoph Wiedewitt

stand für unseren Staat und unsere Gesellschaft immer als selbstverständlich vorausgesetzt wurden, jedenfalls bislang. In Zeiten wie

diesen müsse aber die Dringlichkeit und Bedeutsamkeit von Freiheits- und Menschenrechten noch stärker in das öffentliche Bewusstsein gestellt werden. Demokratie bedeute, dass der Staat Instrument der Gesellschaft sei, und nicht umgekehrt.

Irina Scherbakowa berichtete eindringlich darüber, wie wichtig die möglichst vollständige Offenlegung historischer Fakten für Frieden, Solidarität und Hoffnung sei, auch wenn man natürlich nicht „mit einer Schreibmaschine eine Katastrophe aufhalten könne“ (Kurt Tucholsky). Ihre Organisation Memorial verfüge durch die umfassende Aufarbeitung von Stalins Verbrechen gegen die Menschlichkeit über eine Expertise, die auch für die zukünftige Aufarbeitung von Kriegsverbrechen notwendig werden würde. Als Vertreterin einer Generation, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsen sei, bedeute für sie Krieg heute auf europäischem Boden eine politische wie moralische Katastrophe. Umso wichtiger sei, falsche Narrative und Propaganda zu entlarven und mit Fakten zu begegnen.

Werner Schlierike vom Hessischen Rundfunk eröffnete die hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion mit

der Frage, ob denn die politischen Akteure – auf nationaler wie europäischer Ebene – bisher zu naiv gewesen seien. Nicola Beer, Vizepräsidentin und Mitglied des Europäischen Parlaments, räumte ein, zumindest gegenüber Russland sei man das wohl auf breiter Front gewesen. Umso wichtiger sei es, sich dem Systemwettbewerb zwischen demokratischen und autokratischen Staatssystemen entschiedener und kämpferischer zu stellen. Das Konzept der Europäischen Union sei von innen wie von außen oft zu stark kritisiert worden, schließlich gehe es bei der EU um sehr viel mehr als nur um eine Wirtschaftsgemeinschaft. Gerade zwischen west- und osteuropäischen Mitgliedsländern müsse ein intensiverer Dialog stattfinden. Die EU sei sehr wohl wehr- und handlungsfähig und über die Verteilung von Haushaltsmitteln könne man durchaus die Einhaltung von Vereinbarungen sanktionieren. Nicola Beer warb für mehr Selbstbewusstsein und Mut, für mehr Pragmatismus und Gestaltungsmöglichkeiten, gerade in Zeiten globaler Krisen, schließlich habe die junge Generation trotz allem so große Chancen wie kaum eine Generation zuvor.

Dr. Stephan Ruppert plädierte für mehr Dialog und Austausch – durchaus auch personell – zwischen Politik und Wirtschaft. Sein beruflicher Werdegang führte ihn aus der Politik, als Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, in die Wirtschaft als Bereichsvorstand eines großen Medizintechnikunternehmens. Bei Unternehmen und Wirtschaft gelte es, Vorbehalte gegenüber dem Staat und Politik abzubauen, wozu aktive Hilfsmaßnahmen des Staates ein gutes Beispiel seien. Angesichts weltweiter Krisen mit gewaltigen weltwirtschaftlichen Verwerfungen werde die Ordnungsfunktion des Staates für die Märkte immer wichtiger. Stephan Ruppert appellierte daran, den „Vorwärtsgang“ einzulegen und noch mehr eine lebendige und kontroverse Debattenkultur zu praktizieren. Nicht der Staat, sondern die liberalen und streitbaren Kräfte aus allen Bereichen brauche es, um in einem System der Sozialen Marktwirtschaft Freiheit, Demokra-

tie und Wohlstand zu schaffen und zu sichern. Denn als Deutschland wie als Europa hätten wir „viel zu verteidigen“.

Prof. Dr. Jens Hacke von der Universität der Bundeswehr in München und Experte für vergleichende politische Kulturforschung nahm eine historische Einordnung vor. Im Vergleich zur Weimarer Republik, in der die Krisen mit ungleich höherer, existenzbedrohender Kraft und ohne soziale Abfederung auf die Bevölkerung durchgeschlagen hätten, seien die Rahmenbedingungen und Interventionen heute grundlegend anders. Unser Grundgesetz, entstanden aus den Lehren des Zweiten Weltkriegs, setze bewusst den Schwerpunkt auf eine starke parlamentarische Demokratie. Jede Verfassung sei nur so gut, wie sie auch praktiziert werde. Insofern brauche eine „Demokratie eben auch Demokraten“. Um Einzelne zu Bürgern zu befähigen, brauche es einen gemeinsamen Raum, in dem sich alle treffen und sich ihrer Gleichheit bewusst werden könnten. Das sei die Basis für die Wahrnehmung von Unterschieden und für den Einsatz für den Schutz von Minderheiten.

In seinem Schlusswort ging Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, auf die globalen Perspektiven für Entwicklungsprozesse von demokratischen Systemen und damit auf die Zukunftsfähigkeit von Demokratie als Herrschaftsprinzip ein. So zeige das Beispiel Chile, wie eine Demokratie reifen könne. Dort wurde kürzlich der handwerklich schlecht gemachte Entwurf für eine neue Verfassung in einem Referendum mit großer Mehrheit abgewiesen. Die Bevölkerung habe damit der Politik den Auftrag zurückgegeben, eine bessere Verfassung zu entwerfen. Auch das sei ein Beleg für funktionierende demokratische Prozesse.



Hellmut Meinhof, Mitglied des Präsidiums der DGLI
Foto: Privat

DGLI-DELEGATIONSREISE NACH IRLAND

Von Hellmut Meinhof

Die Republik Irland – im EU-Kontext bisher zu wenig sichtbar – repräsentiert mit seiner multikulturell zusammengesetzten Gesellschaft, seiner Entwicklungsdynamik und Weltoffenheit sowie seiner wirtschaftlichen Innovationskraft europäische Werte wie kein anderes der EU-Mitgliedsstaaten. Die grüne Insel auf der anderen Seite von Großbritannien bedient einerseits bekannte Klischees – bietet innerhalb der EU aber gleichzeitig interessante Potenziale für die Lösung großer Zukunftsprobleme: Off-shore-Energie für die Produktion von grünem Wasserstoff. Oder IT-Fachkräfte in Sachen Cyber-Sicherheit, schließlich haben zahlreiche multinationale Tech-Konzerne, wie Google, Facebook, LinkedIn etc. ihre Europazentralen in Dublin.



Im Gespräch mit dem Europa-Minister Thomas Byrne (M.) der regierenden liberal-konservativen Partei Fianna Fáil wurde u.a. über Irlands Rolle als aktuell nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat diskutiert.



Besuche der Parlamentsgebäude Leinster House sowie des Trinity College Library durften natürlich nicht fehlen ...



Treffen in der deutschen Botschaft mit Botschafter Cord Meier-Klodt (2. v.l.)



Nach dem Brexit tritt die Republik Irland aus dem Schatten des großen Bruders Großbritannien heraus. Der Dubliner Hafen symbolisiert die Öffnung zu Kontinentaleuropa: Statt Liverpool dominiert jetzt die Schiffroute nach Rotterdam. Der CEO der staatlichen Hafengesellschaft Eamonn O'Reilly (l.) erläutert die Ausbauplanungen des Dublin Port.



Bei dem Treffen mit Timmy Dooley (2. v.l.), Senator der liberalen Partei Fianna Fáil, die aktuell den Ministerpräsidenten stellt, standen Themen der Energiepolitik und der deutsch-irischen Wirtschaftsbeziehungen im Mittelpunkt.



Zivilgesellschaft trifft auf Politik: Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die sog. Sustainable Development Goals (SDG) dienen hier als Agenda für das Rediscovery Centre. Dabei handelt es sich um eine gemeinnützige Initiative, die gewerbliches Recycling und Inklusion in der Arbeitswelt verbindet. Durch Wiederverwertung von Altkleidern, Elektrogeräten, Farbresten etc. werden Produktkreisläufe mit viel Kreativität und bürgerschaftlich-kommunalem Engagement geschlossen.

Fotos: Christoph Wieduwit und Hellmut Meinhof

LIBERAL INTERNATIONAL HAS LOST ITS STEWARD

Robert Woodthorpe Browne died after a brief illness at the age of 79. A truly global guy has left us.



Robert Woodthorpe Browne

Foto: liberal-international.org

By Karl-Heinz Paqué

BBC World Service and The Economist Newspaper – these are the media that I regularly consult when I want to have reliable and competent news about world affairs. Since I came to know Robert – a few years ago when I began to be active in Liberal International – he came to my mind every time that I switched on the radio to listen to the BBC or skimmed over the pages of The Economist. Often enough, I asked myself why this is so. The answer is straight and simple: more than anybody else I knew, Robert represented the global spirit of British cosmopolitanism and liberalism.

First to his cosmopolitan spirit: He spoke four languages fluently. From his native English, he could easily switch to French and Spanish – and to the mother tongue of his wonderful wife Barbara, to German. And not only did he switch easily to these languages. More than that, he was a connoisseur of the history and culture of these countries; and he loved their food and wine. A European citizen par excellence! And a global one at that as no country in the world was far enough for him to be stu-

died and travelled. As late as in mid' 2022, he was the first representative of Liberal International to visit the new Global Development Hub of our Friedrich Naumann Foundation for Freedom in Nairobi. He always stood ready to support global networks. And it is of high symbolic significance that his home, not far from the Underground Station "Earl's Court" in London, was literally on the way of the Piccadilly Line to Heathrow Airport, the gateway to the world.

His liberal spirit was closely connected with his cosmopolitan outlook. By passion and conviction, he was a global Liberal; in Britain, he joined the Libdems (at that time still called Liberals) in 1960, no less than 62 (!) years ago. He worked hard to make liberalism operate efficiently and smoothly – and, of course, with a worldwide scope. He helped to run the London office of Liberal International at the residence of the Liberal Club in London's Whitehall Place – giving as much as possible support to the professional staff at any time of the day, week, month or year. He was the steward in the back. As to organizational matters in London, nobody could match his invaluable competences and contacts. He

also supported the members of the Liberal International Bureau (including myself) at any moment we chose to pick up the phone and call him for advice. And that advice was always helpful, knitting us all together and evening out any differences of opinions or priorities, but at the same time taking a clear stand. When leaving, after his long time in the Bureau, he was elected to become a patron of Liberal International – and it is hard to think of anybody else being more apt to take over this kind of honorary duty.

Liberal International will miss him dearly. And so will all in the global liberal family. And even more so Barbara, his widow, and his son Robert will miss him. Our thoughts are with them. A great Liberal has gone. We will never forget him.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Deputy President Liberal International (LI)

Foto: Freiheit.org

DGLI-SEKTIONEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Daniel Obst

E-Mail: office@judgedan.de

BAYERN

Cécile Prinzbach

E-Mail: cecile.prinzbach@t-online.de

BERLIN

Prof. Dr. Michael Bahles

E-Mail: michaelbahles@hotmail.com

BRANDENBURG

Patrick Meinhardt

E-Mail: patrick.meinhardt@dgli.de

HAMBURG / SCHLESWIG-HOLSTEIN

Maria Luisa Warburg

E-Mail: m.l.warburg@hamburg.de

HESSEN

Katharina Schreiner

E-Mail: k.schreiner@fdp-frankfurt.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Gino Leonhard

E-Mail: gino-leonhard@online.de

NIEDERSACHSEN / BREMEN

E-Mail: info@dgli.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

E-Mail: info@dgli.de

RHEINLAND-PFALZ

E-Mail: info@dgli.de

MITTELDEUTSCHLAND

(SACHSEN, SACHSEN-ANHALT UND THÜRINGEN)

Christoph Wieduwilt

E-Mail: christoph@wieduwilt.de

AUSLANDSSEKTION EUROPA

E-Mail: info@dgli.de

„Liberal Vision“ abonnieren!

Abonnieren Sie doch einfach den informativen Newsletter der Liberal International unter www.liberal-international.org. Sie werden dann über alles Wissenswerte aus der liberalen Weltfamilie informiert.

Impressum:

LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 21. Jahrgang.

Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI)
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin
E-Mail: info@dgli.de
Webseite: www.dgli.de

Fotos: Soweit nicht anders angegeben, dankenswerter Weise lizenzfrei von www.pixabay.com

Herausgeber: Dr. Jürgen Martens, Präsident der DGLI

Redaktion: Hellmut Meinhof (V.i.S.d.P.), DGLI-Präsidiumsmitglied
E-Mail: hellmut@meinhof.de

Redaktionsschluss: 10.12.2022